
XIII/39 28.10.2009 - SPITZENGESPRÄCH IG BCE UND BAVC

Chemie-Sozialpartnerschaft: Gemeinsam mehr erreichen

Am heutigen Mittwoch (28. Oktober 2009) sind der neugewählte geschäftsführende Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) unter Leitung von Michael Vassiliadis sowie Vorstand und Geschäftsführung des Bundesarbeitgeberverbands Chemie (BAVC) unter Leitung von Eggert Voscherau in Ludwigshafen zu einem Spitzengespräch zusammengekommen. Bestimmende Themen waren die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise sowie sozialpartnerschaftliche Lösungen für die deutsche chemische Industrie. Die Chemie-Sozialpartner verständigten sich auf ein Kommuniqué „Chemie-Sozialpartnerschaft: Gemeinsam mehr erreichen“.

Beschäftigung trotz Krise nahezu stabil

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat die chemische Industrie in Deutschland hart getroffen. Produktions- und Umsatzeinbrüche im zweistelligen Prozentbereich sowie Kapazitätsauslastungen auf einem historisch niedrigen Niveau sind die Folge. Zwar geht es heute einigen Unternehmen wieder besser, andere stecken aber noch tief in der Krise. Wenn auch die Talsohle der Rezession mittlerweile erreicht scheint, so wird es noch dauern, bis die Chemie-Industrie wieder mit einer Produktion auf Vorkrisenniveau rechnen kann.

Mit einem gemeinsamen Kraftakt von Beschäftigten und Unternehmen, von Gewerkschaft und Arbeitgeberverbänden ist es bislang gelungen, einen flächendeckenden Stellenabbau zu verhindern. Die Betriebe nutzen Kurzarbeit und die flexiblen Instrumente des Chemie-Tarifs, um so viele Arbeitsplätze wie möglich durch die Krise zu bringen. In der Chemie ist der Rückgang der Beschäftigung bisher nur etwa halb so groß ausgefallen wie im gesamten verarbeitenden Gewerbe. Bereits vor einem Jahr haben IG BCE und BAVC betriebsbedingte Kündigungen zur ultima ratio erklärt. Das gilt auch für die Zukunft.

Industrie als Kern der Wertschöpfung anerkennen

IG BCE und BAVC halten es für zwingend, die Bedeutung der Industrie für die Bundesrepublik von Seiten der neuen Bundesregierung stärker anzuerkennen. Deutschland kommt auch deshalb bislang besser als andere durch die Krise, weil die Industrie als Kern der Wertschöpfung intakt ist. Andere Länder haben überwiegend auf Dienstleistungen gesetzt und müssen nun mit den

Konsequenzen leben. Will Deutschland vorne bleiben, müssen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften gemeinsam für die Industrie und Zukunftstechnologien (z. B. Nano- und Gentechnologie) Stellung beziehen und Rahmenbedingungen schaffen, die Forschung und Produktion am Standort sichern und ausbauen helfen.

Fortsetzung der Chemie-Sozialpartnerschaft

Beschäftigung trotz Krise nahezu stabil

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat die chemische Industrie in Deutschland hart getroffen. Produktions- und Umsatzeinbrüche im zweistelligen Prozentbereich sowie Kapazitätsauslastungen auf einem historisch niedrigen Niveau sind die Folge. Zwar geht es heute einigen Unternehmen wieder besser, andere stecken aber noch tief in der Krise. Wenn auch die Talsohle der Rezession mittlerweile erreicht scheint, so wird es noch dauern, bis die Chemie-Industrie wieder mit einer Produktion auf Vorkrisenniveau rechnen kann.

Mit einem gemeinsamen Kraftakt von Beschäftigten und Unternehmen, von Gewerkschaft und Arbeitgeberverbänden ist es bislang gelungen, einen flächendeckenden Stellenabbau zu verhindern. Die Betriebe nutzen Kurzarbeit und die flexiblen Instrumente des Chemie-Tarifs, um so viele Arbeitsplätze wie möglich durch die Krise zu bringen. In der Chemie ist der Rückgang der Beschäftigung bisher nur etwa halb so groß ausgefallen wie im gesamten verarbeitenden Gewerbe. Bereits vor einem Jahr haben IG BCE und BAVC betriebsbedingte Kündigungen zur ultima ratio erklärt. Das gilt auch für die Zukunft.

Industrie als Kern der Wertschöpfung anerkennen

IG BCE und BAVC halten es für zwingend, die Bedeutung der Industrie für die Bundesrepublik von Seiten der neuen Bundesregierung stärker anzuerkennen. Deutschland kommt auch deshalb bislang besser als andere durch die Krise, weil die Industrie als Kern der Wertschöpfung intakt ist. Andere Länder haben überwiegend auf Dienstleistungen gesetzt und müssen nun mit den Konsequenzen leben. Will Deutschland vorne bleiben, müssen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften gemeinsam für die Industrie und Zukunftstechnologien (z. B. Nano- und Gentechnologie) Stellung beziehen und Rahmenbedingungen schaffen, die Forschung und Produktion am Standort sichern und ausbauen helfen.

Fortsetzung der Chemie-Sozialpartnerschaft

Die Chemie-Sozialpartnerschaft zeichnet sich aus durch pragmatisches, zielorientiertes Handeln bei Wahrung der jeweiligen Interessen. Mit modernen und flexiblen Tarifverträgen, vielfältigen Sozialpartner-Vereinbarungen und gemeinsamen Einrichtungen setzen IG BCE und BAVC Maßstäbe in der Tarif- und Sozialpolitik. Die in der chemischen Industrie praktizierte Sozialpartnerschaft ist die effizienteste und für die jeweiligen Mitglieder mit dem größten Nutzen verbundene Form des Umgangs zwischen Tarifvertragsparteien. IG BCE und BAVC werden ihre über Jahrzehnte entwickelte Sozialpartnerschaft fortsetzen und ausbauen. Der inhaltlichen Vertiefung dient auch der „Wittenberg-Prozess“ der Chemie-Sozialpartner. Diese erfolgreiche neue Plattform der Sozialpartnerschaft werden IG BCE und BAVC weiter entwickeln. Insbesondere wollen die Chemiesozialpartner gemeinsam formulieren, welche Anforderungen als Konsequenz aus der Krise an Finanzwirtschaft und -märkte zu stellen sind.

Die demografische Entwicklung im Blick

Jüngster Beweis für die Innovationskraft von IG BCE und BAVC ist der Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“. Als erste Branche haben die Chemie-Sozialpartner einen Tarifvertrag entwickelt, der die Herausforderungen des demografischen Wandels annimmt. Es ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur ein Bewusstsein für das Thema „Demografie“ zu schaffen, sondern zugleich konkrete Lösungen anzubieten, mit denen Unternehmen und Beschäftigte den demografischen Wandel in den kommenden Jahren gestalten können. An der Umsetzung des Tarifvertrages wird in den Chemie-Unternehmen derzeit gearbeitet.

Zur Bewältigung des demografischen Wandels trägt auch der Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ bei. Er ist darauf angelegt, den Fachkräftenachwuchs für die Chemie-Branche langfristig zu sichern. In naher Zukunft steht die chemische Industrie vor einem Dilemma: Einerseits schrumpft demografiebedingt das Angebot an Ausbildungsplatz-Bewerbern, andererseits gehen verstärkt geburtenstarke Jahrgänge in den Ruhestand. Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend wichtig, auch in der Krise ein hohes Ausbildungsniveau in den Unternehmen zu halten. Die Chemie-Sozialpartner sehen es als ihre Aufgabe an, Antworten auf diese Herausforderung zu finden.



© IG BCE 2009, Texte, Bilder und Grafiken sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der IG BCE Abteilung Kommunikation.